

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 6 (1911)
Heft: 12

Artikel: Thesen zum Frauenstimmrecht : (für den Parteitag)
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350378>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

im Ratjaal. Arbeiterfrauen ohne Unterschied, wachet auf, schließt euch dem Kampfe um unser Recht an und kämpft Schulter an Schulter mit den Arbeitern, euren Brüdern, um den sozialen Fortschritt!

Thesen zum Frauenstimmrecht (für den Parteitag.)

1. Das Frauenstimmrecht, nicht im heutigen juristischen, im allgemeinen Sinne, ist so alt wie das Menschengeschlecht.

Die seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzende materialistische Geschichtsuntersuchung weist unwiderleglich hin auf die Tatsache der Gleichberechtigung des Weibes mit dem Manne in den Anfängen der Menschheit.

2. Die Erfindung neuer gesellschaftlicher Arbeitsmittel, die Steigerung der Produktion und mit ihr der Uebergang des wachsenden Besitzes in das Eigentum des Mannes, wandelt das Mutterrecht allmählich um ins Vaterrecht. Mit der dadurch erfolgenden Untergrabung des alten Kommunismus beginnt die Entwürdigung und Anechtung des Weibes.

3. Die wirtschaftliche und soziale Unterdrückung des weiblichen Geschlechtes schreitet auch nach dem Niedergang des Patriarchats und unberührt von den revolutionären Freiheitskämpfen fort bis ins Zeitalter der kapitalistischen Produktion.

4. Die in der Gegenwart durch die Groß-Industrie herbeigeführte Erweiterung des Arbeits- und damit des Pflichtenkreises der Frau auf den Gebieten der kapitalistisch gesellschaftlichen Produktion bedingt mit Naturnotwendigkeit ein entsprechendes Anwachsen von Frauenrechten persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Natur.

5. Das mit Hilfe der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, zu erreichende politische Frauen-Stimm- und Wahlrecht bildet eine wichtige Vorstufe im Kampfe um die gesellschaftliche Gleichberechtigung des Weibes.

6. Die Er kämpfung der gesellschaftlichen Gleichbe-

rechtigung und damit die Erreichung des höchsten Frauenszieles, der Menschwerdung des Weibes, aber kann nur das Werk der Selbsthilfe sein, das Werk der eigenen Kraft des weiblichen Proletariates.

Vom achten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. (Schluß.)

Eine geradezu vernichtende Kritik an der Arbeiter- und Kulturfeindlichkeit der Verfasser des Vorentwurfes zu einem deutschen Strafgesetzbuch übte Genosse Dr. Heinemann, Berlin, in seinem Referat über das Koalitionsrecht in Deutschland. Er stellte fest, daß die Fassung des Erpressungsparagraphen die Ausübung des Vereinsrechtes fast unmöglich machen würde. Dagegen wäre für den Streikbrecher der größte gesetzliche Schutz gewährleistet. Die geringfügigste Beleidigung eines solchen hätte Gefängnisstrafe zur Folge.

Genosse Umbreit, Berlin, sprach über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung. Er forderte das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung und Errichtung öffentlicher gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung. Ferner Gewährung eines staatlichen Zuschusses zu der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften; als Uebergangsstadium einzelstaatliche und gemeindliche Subventionen.

Genosse Lange, Hamburg, referierte über die Bewegung der Privatangestellten. Er wies hin auf die Notwendigkeit des Anschlusses der Privatangestellten an die moderne Gewerkschaftsbewegung, dieses „neuen Mittelstandes“, der vom Kapitalismus gerade so ausgebeutet wird, nur in etwas anderer Form, wie die „gewöhnliche“ Lohnarbeiterschaft.

Den Schluß bildete die Frage des Bildungs- und Bibliothekwesens. Der Kongress forderte einmütig systematische Behandlung des Vortragswesens in den Gewerkschaften und örtliche Zentralisation der Gewerkschaftsbibliotheken.

rigen Kinderaugen strahlten auch hell aus den blassen Gesichtchen heraus. Nach der Bescherung sangen wir alle gemeinsam:

„Vom Himmel hoch, da komm' ich her
Und bring' Euch gute, neue Mär.“

Ja, „gute, neue Mär“ — — —! Wie gerne möchte ich sie allen Mühseligen und Beladenen bringen! Wie gerne möchte ich vor allem den unglückseligen Kindern helfen, die von ihren eigenen Eltern gepeinigt werden und die das Gesetz so unbarmherzig zugrunde gehen läßt. Wenn man sie alle um sich sammeln könnte, diese kleinen Märtyrer, welche schwere Anklage würden sie erheben gegen unsere bestehende Gesellschaft!

„Opfer fallen hier, weder Lamm, noch Stier,
Aber Menschenopfer unerhört.“

Henriette Arendt, die erste Polizeiaffistentin in Deutschland, in Stuttgart, wollte wirken, helfen. Zu diesem Zweck brauchte sie die Unterstützung der Öffentlichkeit. Anfang 1907 hielt sie in der Deutschen Gesellschaft einen Vortrag, in welchem sie mehr staatliche Fürsorge für Gefährdete und Gefallene verlangte. Fast gleichzeitig erschien ihr erschütterndes Buch: „Menschen die den Pfad verloren“. Darauf hin wurde sie während zweier Jahre mit stadträtlichen Zurechtweisungen und Schikanen aller Art so unablässig gequält, daß sie endlich erschöpft zusammenbrach und „freiwillig“ ihr Amt aufgab. 1910 erschien von ihr eine neue Schrift: „Erlebnisse einer Polizeiaffistentin“, die weitere Bilder aus den Tiefen des Elends, vor allem der Kindernot, enthüllten.